

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Elsaß u. Westpreußen sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80.

Die schlagpattene Konzentration über dem Raum kostet 5.— M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 3,20 M. netto pro Zeile. Gestern-Beilage in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Haltung der englischen Regierung

Die gestrige Kabinettsitzung

London, 28. Juli.

Heute macht längere Mitteilungen über die englische Kabinettsitzung, in denen er erklärt, daß in der Vormittags-Sitzung die oberste Frage in großen Umrissen erörtert wurde, während in der Nachmittags-Sitzung die Antwort Englands auf die letzte französische Note redigiert wurde. Diese Note wird heute dem französischen Kabinett überhandt werden. Die Haltung der englischen Regierung sei demnach folgende:

Die getroffenen Vereinbarungen sollen so abgeändert werden, daß sie den Wünschen Frankreichs Rechnung tragen unter der Voraussetzung, daß das Prinzip der Zusammenarbeit unter den Alliierten unberührt bleibe. Man habe auf die Unterstellung Frankreichs hingewiesen, wonach Lord D'Albernon die deutsche Regierung ermutigt hätte, eine Frankreich feindliche Haltung einzunehmen. Auf diese Unterstellung sei ein kategorisches Vernein erfolgt, weil diese Unterstellung den Tatsachen vollkommen widerspreche. Der englische Botschafter werde gemäß den Instruktionen seiner Regierung, sein Bestes tun, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die einzige Gefahr für die Allianz sei in der Tatsache zu sehen, daß gewisse französische Zeitungen ein alleiniges Vorgehen Frankreichs fordern. Die englische Regierung wünsche, daß die alliierten Regierungen gemeinsam handeln möchten, nachdem sie sich über die bestehenden Fragen genau beraten haben. Im Laufe der Verhandlungen habe die englische Regierung dem französischen Standpunkt in jeder Weise Rechnung getragen, so daß es nunmehr genüge, alles Mögliche zu tun, damit die Zusammenarbeit der Alliierten keinen Abbruch erleide.

Englands Note an Frankreich

London, 28. Juli.

Wie Reuter meldet, geht die auf die Note an Frankreich gestützte Auffassung in Londoner maßgebenden Kreisen dahin, daß Deutschland, das nach dem Versailler Vertrage das Recht hat, die französische Forderung wegen der Truppentransporte abzulehnen, willens sei, diese Gelegenheit, in der es einen Bruch des Vertrages erblickt, den drei Mächten zur gemeinsamen Entscheidung zu unterbreiten, sei es als Oberstem Rat oder in anderer Form. Weiterhin wird die deutsche Auffassung in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß die Annahme der Entscheidung einer einzelnen Macht einer Zerreißung des Vertrages gleichkommen würde.

Rüstungen für den nächsten Krieg

London, 29. Juli.

Wie Reuter erzählt, beschäftigte sich die Konferenz der Premierminister der britischen Dominions in London mit der Stellungnahme zu den Angriffen gegen Handelschiffe, die, wie erwartet wird, im nächsten Kriege noch stärker einsehen würden (1) als im letzten. Es sei daher nötig, daß jedes Dominion dazu übergehe, den Rüstungen in Kriegszeiten selber zu schützen. Die reicheren Dominions, wie Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika, werden eigene Flotten aufstellen, die als Kern leichte Kreuzer und Unterseeboote, als die zum Schutze der Handelschiffahrt am meisten geeigneten Kriegsschiffe, enthalten würden. Es sollen Vereinbarungen getroffen werden, durch die sich die Dominions gegenseitig Unterstützung gewähren, um für das Geseit von Handelschiffen zu sorgen. Im letzten Kriege haben mehrere Dominions ihre Seestreitkräfte ausgebaut, die nunmehr in den allgemeinen Verteidigungsplan des britischen Imperiums aufgenommen werden. Die Dominions werden auch während eines Krieges die notwendigen Verbindungen aufrecht erhalten, sie werden für Dockeinrichtungen, Petroleum- und Feuerungsvorräte usw. zum Gebrauch aller britischen Kriegsschiffe Vorkehrungen treffen.

Die Lage in Irland

Dublin, 29. Juli. (Reuter.)

Ueber die gestrige Sitzung des Sinnfeiner-Kabinetts wird strengstes Schweigen beobachtet. Dem Vernehmen nach war die Sitzung von entscheidendem Charakter für den Fortgang der Verhandlungen. Es wird angenommen, daß sich die Sinnfeiner über eine Grundlage für die Berufung einer offiziellen Konferenz geeinigt haben. Es wird keine weitere Sitzung des Sinnfeiner-Kabinetts abgehalten werden, bis Devalera Lord George eine Mitteilung gemacht hat. Wenn dann eine Grundlage für die Konferenz gefunden wird, so wird der nächste Schritt eine Resolution des Sinnfeiner-Parlaments sein, in der Bevollmächtigte für die weiteren Verhandlungen ernannt werden sollen.

Verhaftungen in Budapest

Der U. R. wird aus Budapest gemeldet: Die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Polizeiverhöre bei linksstehenden Politikern und Journalisten dauern fort. Die Staatsanwaltschaft arbeitet

stieberhaft, um das ungeheure, auf die Landesverratsaffären bezügliche Material zu ordnen. Es handelt sich in erster Linie immer noch um die Enthüllungen des Prinzen Windischgrätz, durch die auch solche Personen belastet sein sollen, die bisher als Stützen des bestehenden Regimes galten. In zweiter Linie wird das Verfahren gegen die Journalisten betrieben, die den Wiener ungarischen Zeitungen Material geliefert haben sollen. Der Redakteur Déry wird beschuldigt, im Journalistenklub eine Rede gehalten zu haben, in der er den Reichsverweser Horthy mit dem finnischen General Mannerheim verglich und ihm ein ähnliches Ende prophezeite. Schließlich schwebt noch ein Verfahren gegen liberale Politiker, die verdächtigt werden, mit der kleinen Entente eine Verschwörung zum Sturze der gegenwärtigen ungarischen Regierung betrieben zu haben. In dieser Hinsicht werden sogar Anklagen gegen den Führer der Landwirtpartei Szabo-Ragnatib laut. Auch die heutige Veröffentlichung Stephan Friedrichs über die geplante ungarisch-rumänische Personalunion steht hiermit in Zusammenhang.

Blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei in Lodz

Lodz, 28. Juli.

Seit einigen Tagen gährt es unter der Lodzer Arbeiterschaft immer mehr. So kam es gestern bei einer neuen Demonstration der streikenden Arbeiter zu blutigen Zusammenstößen mit den Polizeiorganen. Nach den Zeitungsberichten ist anzunehmen, daß diese Zusammenstöße eine große Anzahl von Verwundeten gekostet haben. Auch einige der mit den Demonstranten kämpfenden Polizisten wurden teils leicht, teils schwer verletzt.

Schwerer Eisenbahnunfall in Rußland

Rixiania, 28. Juli.

Roska meldet aus Moskau: Ein Zug mit Delegierten des Gewerkschaftskongresses erlitt auf der Kurst-Bahn einen furchtbaren Unfall. Von den Delegierten wurden Otto Strunat und Selbrich (Deutschland), Hewlet (England), Cotaninow (Bulgarien), Freeman (Australien) und der Vorsitzende des Verbandes der russischen Bergwerksarbeiter Sergeje getötet.

Einigung im Bankbeamtenstreik

Prag, 29. Juli.

Im Bankbeamtenstreik ist eine Einigung erzielt worden. Heute erfolgt in sämtlichen Banken der Tschechoslowakei, und zwar sowohl in deutschen als auch tschechischen Instituten, die Wiederaufnahme der Arbeit. Wie verlautet, wird das gesamte Personal mit wenigen Ausnahmen wieder eingestellt.

Millionenverschiebungen nach dem Auslande

Die Finanzämter beschäftigen sich mit einer neuen Art von Millionenverschiebungen nach dem Auslande. Man hat die Beobachtung gemacht, daß große Geschäfte ihren Auslandsagenten ungeheure Provisionen ausgezahlt haben, wenigstens konnten sie bei der Steuerveranlagung die Provisionsquittungen über derartige Millionenbeträge beibringen. Die Finanzämter sind davon überzeugt, daß es sich hier um nichts anderes handelt, als um Vermögensverschiebungen nach dem Auslande, durch die dem Reich riesige Steuereinnahmen verloren gehen. Die Untersuchungen sind dadurch erschwert, daß es kaum möglich ist, die betreffenden Auslandsagenten zur Aufklärung der Schiebungen heranzufordern. Man erwägt gefehgeberische Maßnahmen, um diesem Treiben entgegenzuwirken, dabei werden die bürgerlichen Parteien sich aber sicher als Schützer der Schieber betätigen.

Die ungarisch-russischen Austauschverhandlungen sind beendet worden. Die Sowjetregierung liefert sämtliche ungarischen Kriegsgefangenen an Ungarn aus gegen eine stoffweise Auslieferung von 400 ungarischen Kommunisten durch Ungarn, darunter der zum Tode verurteilten ehemaligen Volkskommissare.

Die Kommunisten als Kontrolloren der preussischen Gefängnisverwaltung. Mit Genehmigung des preussischen Justizministers befehlt im Auftrage der kommunistischen Landtagsfraktion der Abgeordnete Menzel (Halle) die preussischen Strafanstalten, um nach Umständen zu schauen und die Verhältnisse in den Gefängnissen zu untersuchen.

Große Schiebungen in Österreich. In Wien befindet sich eine Anzahl von höheren Beamten des österreichischen Volksbeleidungsamtes, darunter der Leiter des Amtes, sowie eine Reihe von Geschäftsleuten in polizeilicher Untersuchung. Sie werden beschuldigt, seit Jahren große Schiebungen in Volksbeleidungsstücken unternommen zu haben.

Die Aufhebung aller Freiheitsvergründigungen für Eisenbahnbeamte und Angestellte ist von der Reichsverkehrsverwaltung in Aussicht genommen, da sich diese Vergünstigungen nicht mehr rechtfertigen lassen. Die Beamten anderer Ressorts, z. B. der Post, genießen auch keine Sonderrechte.

Herrn Beneschs letzte Republik

Von Friedrich Bill, Prag.

Der Herr Dr. Benesch, seines Zeichens Außenminister des tschechischen Staates, nannte in einem Interview, das Genosse Winter aus München den reichsdeutschen Arbeitern nicht vorenthalten zu können glaubte (siehe „Freiheit“ Nr. 302), den tschechischen Staat demokratisch und gerecht. An den deutschen Arbeitern in diesem Staate jedoch hat der Herr Minister des nationalsozialistisch-kapitalistischen Staates anzusehen, daß sie zu wenig gegen die deutsch-bürgerlichen Intellektuellen und ihren Internationalismus tun. „Die Nationalitätenpolitik der tschecho-slowakischen Republik, die ja im gewissen Sinne Außenpolitik sein muß, ist auf eine gerechte Behandlung der Deutschen eingestellt“, sagt Herr Benesch. Wir wollen nun skizzenhaft die Nationalitätenpolitik des Staates beleuchten, um so mehr, da diese nach Herrn Benesch's Ausspruch gewissermaßen auch seine Außenpolitik darstellt.

In der Tschechoslowakei, einem Staatsgebilde, das dem Frieden von Versailles sein Dasein verdankt, leben außer sieben Millionen Tschechen unfreiwillig dreieinhalb Millionen Deutsche, etwa zwei Millionen Slowaken und etliche hunderttausend Magyaren, Polen und Ruthenen. Ohne Rücksicht auf die Forderungen der nichttschechischen Nationen, die mehr als die Hälfte der Staatsbevölkerung ausmachen, wurde die Tschechoslowakei als Nationalstaat konstituiert. Von einer Autonomie, auch bloß einer kulturellen, der nichttschechischen Völkerschaften ist keine Rede. Eine deutsche Schule um die andere wird gesperrt, den deutschen Hochschulen werden die notwendigsten Mittel vorenthalten, deutsche Lehrer, Beamte, Arbeiter aus Staatsbetrieben entlassen oder aus dem deutschen Siedlungsgebiet entfernt, deutsche Bühnen einfach besetzt, wobei sich Richter finden, die jede nationalsozialistische Ausbreitung als vis major, als „höhere Gewalt“, erklären und gutheißen. So ist die ehemals so bedeutende Prager Deutsche Bühne an den Rand des Verderbens gebracht.

In der Spitze des Staates steht tatsächlich ein Fünferauschuss der tschechischen Mehrheitsparteien. Mit Hilfe einer schwächlichen Beamtenregierung erläßt dieser durch mißbräuchliche Anwendung eines Ermächtigungsgesetzes, das einen verächtlichen Ersatz des im alten Oesterreich so berühmten § 14 darstellt, alle Verfügungen, die das Parlament sicherlich ablehnen würde. Schon die Gesetzgebung der ersten Nationalversammlung, einer wahllos zusammenernannten Gesellschaft tschechischer und slowakischer Redakteure und Advokaten aller möglichen Richtungen und Parteien (der tschechischen Sozialdemokratie mit eingeschlossen) hatte einen Komplex von Gesetzen erlassen, deren Haupttendenz die nationale Entrechtung aller Nichttschechen im Staate, die Schaffung des bürgerlichen Nationalstaates, war. An sozialer Gesetzgebung wurde in dieser „revolutionären“ Versammlung so gut wie nichts geleistet. Noch heute stehen wir vor schweren Kämpfen um ein Betriebsrätegesetz und um eine Bergesellschaft des Bodens und der Bergwerke. Zu diesem Gesetzeskomplex gesellt sich nun die Verordnungsreihe des sich absolutistisch gebärdenden Fünferrats hinzu. So wurde die ganze Ernährungs- und Bergbauverwaltung zugunsten der Agrarier und zum größten Nachteil des Proletariats hinter dem Rücken der Volksvertretung geschaffen.

Nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, gegen die in erster Linie dieser nationalsozialistisch-bürgerliche Staat gehandelt wurde, sondern auch die tschechische Arbeiterschaft erkennt endlich in wachsender Mehrheit den kapitalistischen Charakter „ihrer Republik“. Das Finanz- und Industriekapital ist zum Teil aus den Händen der Wiener Banken in die tschechischen Übergegangen. Aber der Arbeiterschaft hat dieser Staat nicht mehr gegeben, als das reaktionäre Frankreich und Moske-Deutschland. Im Dezember vorigen Jahres standen zehntausende tschechischer Arbeiter im offenen Kampfe gegen die Staatsgewalt. Widergeseklich wurden die Geschworenengerichte sistiert und Berufsrichterfeste fällten hundertjährige schwere Kerkerstrafen. Monatlang ist der Ruf nach Amnestierung der Opfer bürgerlicher Klassenjustiz unerhört verhallt. Heute ist die Amnestie zu einem Schacherobjekt der Parteien geworden: der demokratische Staat des Herrn Dr. Benesch.

In seinem Gespräch mit Albert Winter behauptet der Herr Außenminister, daß die tschechische Armee, die sich auf Grund allgemeiner Wehrpflicht rekrutiert, größtenteils aus sozialdemokratischen Arbeitern bestände. Waren es sozialdemokratische Arbeiter, die in Sternberg, Bräx, Raaben, Oslawan und anderen Orten mörderisch in Volksmassen hineingeschossen haben? Es klingt sonderbar, Herrn Benesch von einer politischen Gesinnung der Soldaten reden zu hören, während der Generalinspektor der tschechischen Armee, der Exdichter J. S. Machar, als ausführendes Organ der tschechischen Bourgeoisie offiziell die gänzliche politische Entmündigung des tschechischen Militärs erwägt. Tatsächlich ist den tschechischen Soldaten jede politische Betätigung, außer der geistlich geschlochten, verweigert. Und es ist so der tschechischen Bourgeoisie in kurzer Zeit gelungen, in ihr Heer den alten österreichischen Kadavergehorsam wieder einzuführen und die

Armee zu ihrem gefügigen Werkzeug zu machen. Die Offiziere dieses Heeres sind zum größten Teil die Soldatenführer aus dem alten Oesterreich, und nicht, wie Herr Benesch dem Interiewer einredete, deutsch-österreichische Offiziere. Die tschechische Republik hat zur Zeit ein etwa viermal so starkes Heer als das neue deutsche Reich. Und dennoch ist jenes in seinem Aufbau erst im Werden begriffen. Die Militärlasten sind schier unerträglich. Vor kurzem erst forderte die Militärverwaltung 677 Millionen tschechische Kronen. Und eben kommt die Meldung von einem Nachtragsskredit von 322 Millionen Kronen. Die Gesamtausgabe für das Heer dürfte jährlich etwa neun Milliarden Kronen betragen, was nach dem gegenwärtigen Kurs etwa ebensoviele Milliarden Mark beträgt.

Gegen wen richtet sich dieses relativ ungeheuerere Machtinstrument? Die Frage des Tschener Kohlenreviers ist gelöst. Zwischen Polen und der Tschoslowakei herrschen nunmehr „normale“ Verhältnisse. Frankreich ist bemüht, die frühe Normalität zu einer warmen Freundschaft, womöglich zu einer Militärkonvention beider Staaten zu steigern. Eine diesbezügliche Meldung blieb bis heute unwidersprochen. Die angelegentlichsten Besuche französischer Militärs und Politiker in Prag und unmittelbar hierauf in Warschau deuten auf einen Vollzug dieser Freundschaften gegen Deutschland hin. Zwischen Tschechien und Ungarn, das eben vor die Erfüllung des Friedens von Trianon gestellt ist, herrschen nach der Marienbader Konferenz geklärte Verhältnisse, die die Erhaltung einer Großmachtsarmee überflüssig erscheinen lassen. Die magarisch-monarchistische Gefahr scheint überdies nach dem letzten Ausflug Karls gebannt. Mit Rumänien steht der tschechische Staat in einem militärischen Schutz- und Trutzbündnis. Deutschland ist ein Objekt allgemeinen Bedauerns. Gegen wen rüstet nur der tschechische Staat sein großes Heer auf?

Außenpolitisch ein Vasall Frankreichs, innerpolitisch der Staat der tschechischen Bourgeoisie, ist die neue Republik ein Stück europäischer Reaktion. Als solches wurde sie von Frankreich, England und Amerika aus der Laube von Versailles gehoben. Könnte die deutsche Arbeiterklasse der Tschoslowakei auf unrevolutionärem Wege, etwa durch Teilnahme an der Regierung, etwas an der Leitidee dieses Staates ändern? Wäre es nicht zweck- und ziellos und dabei noch unsozialistisch, eine Einladung zur Festigung der nationalitätsbürgerlichen Republik anzunehmen? Mit diesem Staate haben wir nichts gemein. Herr Benesch nennt deshalb unsere Politik „national“. In einem sich als Nationalstaat gebärdenden kapitalistischen Nationalitätenstaate gibt es Grenzgebiete, in denen die proletarische Abwehrpolitik gegen die nationalitistische Bourgeoisie der Herrschernation national erscheinen könnte, folgerichtig aber proletarische Politik ist.

Aufgebaut auf der Selbstüberschätzung einer Klasse, der tschechischen Bourgeoisie, muß einst das tschechische Herrschaftsgebäude ebenso zusammenbrechen, wie vor ihm noch viel stärker gestützte Gewaltssysteme.

Diesen kapitalistisch-nationalistischen Staat zu Grabe zu tragen und im Verein mit dem revolutionären tschechischen Proletariat eine sozialistisch-demokratische Republik aufzubauen, ist die Aufgabe, an der wir unseren Mut, den Herr Dr. Benesch am Aufbau seines Staates vermisst, beweisen wollen.

Verdiente Fußstapfen

In Bayern ist es zu einem „Konflikt“ zwischen der Landtagsmehrheit und der Regierung gekommen. Der bairische Landtag hat nämlich entschieden, daß entgegen der vom Kultusminister vertretenen Regierungsauffassung der Berordnungsentwurf über Schulpflege, Leitung und Aufsicht an den Volksschulen verfassungsgemäß in allen Teilen der Genehmigung des Landtags unterliegt. Dem hat sich die Regierung widersetzt, obwohl sie für ihre Haltung nur die Zustimmung der bairischen Volkspartei besaß. Diese politische ziemlich bedeutungslose Angelegenheit hat den Jörn der bisherigen ergebenden Diener der Regierung Rahr hervorgerufen. Der unter der Flagge der Demokratie segelnde Abgeordnete Müller-Meininger bezeichnete das Vor-

gehen der Regierung als „politisch sehr bedenklich“ und sprach von einer „Brüskierung der Landtagsmehrheit“.

Solange das Verhalten der Rahr-Regierung sich allein gegen Unabhängige und Kommunisten richtete, fühlten sich alle bürgerlichen Parteien wohl in der Rolle von Handlangern der bairischen Reaktion. Jetzt, wo sie selber Fußstapfen bekommen, freichen sie auf, als wenn sie stets die wahrhaften Hüter von Recht und Gerechtigkeit gewesen wären. Achtung kann ein solches Verhalten wirklich nicht auslösen!

Die deutsche Schande

Reaktionäres Treiben gegen Rußland

Während das Proletariat der ganzen Welt sich anstreckt, dem hungernden und von Seuchen überfallenen Rußland zu Hilfe zu eilen, während eben die amerikanische Regierung mitteilen läßt, daß sie die Sorge um eine Million russischer Kinder zu übernehmen bereit sei, während die ganze zivilisierte Menschheit ohne Unterschied der Partei und des Glaubens die drohende Katastrophe zu verhindern sucht, unternimmt es ein Teil der deutschen Presse, diese Hilfsaktion zu durchkreuzen. Wenn das Ausland das deutsche Volk nur nach dem Geisteszustande dieser Sippschaft bewerten wollte, es hätte wirklich ein Recht dazu, uns Barbaren und Boches zu nennen. Glücklicherweise bilden aber diese Kahlköpfe nur einen kleinen Teil des deutschen Volkes; es sind dieselben Kreise, die die Mitschuld an dem ungeheuerlichen Kriegsverbrechen tragen, an deren Händen noch das Blut der Millionen im Kriege Dahingemordeten fließt, an deren Herse sich der Fluß der Witwen und Waisen, der Krüppel und Kranken, die uns das „Stahlbad“ hinterließ, heften müßte.

Allen voran geht selbstverständlich die „Deutsche Zeitung“. Dieses Blatt, dessen Gefolgschaft sich nicht scheut, „Juden gelder“ anzunehmen, hält die Zeit für gekommen, um eine wüste Antisemitische gegen Rußland zu beginnen. Herr Werner von Heimbürg, der darüber schreibt, ist eine der übelsten Erscheinungen dieser Junzi, unreif, unwissend und arrogant dazu. Er wünscht, daß Hungerrevolten in Rußland kommen und die „Blutherrschaft“ der Moskauer Juden“ beseitigen sollen. Die „siegreiche Reaktion in Rußland“ ist es, nach der der Sinn dieses deutschnationalen Jünglings strebt.

Nicht mit der gleichen dummen Brutalität, aber immer noch deutlich genug, wütet die „Tägliche Rundschau“ gegen jede Hilfeleistung für Rußland. Das Blatt gibt erst eine Stelle aus einem Schreiben wieder, das der Russe Meschrowski an den Engländer Wels vor längerer Zeit gerichtet hat und das im Januar dieses Jahres im „Berliner Tageblatt“ abgedruckt war. Dort hieß es, daß Maxim Gorki sich mit einem ganzen Hofstaat von Schmeichlern umgeben habe. Aus diesem Vassus schließt die „Tägliche Rundschau“, daß Maxim Gorki, „dieser verneinende Geist“, nicht das Recht habe, sich an das deutsche Volk zu wenden. Aber er baue eben darauf, daß das deutsche Volk „die Niederträchtigkeit der bolschewistischen Lügen“ nicht verstehen könne, weil es dafür allzu ehrlich sei. Gerhart Hauptmann aber habe ebensowenig das Recht, im Namen des deutschen Volkes „den Verbrechern in Moskau“ zu antworten.

Damit die Schande der deutschen Bourgeoisie vollständig werde, nimmt auch ein sogenanntes liberales Blatt, die „Berliner Börsenzeitung“, gegen die Hilfsaktion für Rußland Stellung. In allerdings ein wenig verklausulierter Form setzt dort Herr Dr. Richard Bahr auseinander, daß der Hunger in Sowjetrußland eine sozusagen natürliche Erscheinung sei und als eine Folge des Sowjet-systems habe kommen müssen. Es handele sich jetzt „um den letzten grauenvollen Akt einer schon seit Jahren grauenvollen Komödie“. Wenn man schon Gaben nach Rußland schicke, so müsse dafür gesorgt werden, daß sie nicht dem Bolschewismus zugute kämen. Im übrigen habe man in Deutschland selbst genug zu tun; auch durch die deutschen Lande gehe ein großes Sterben.

Die deutsche Arbeiterklasse wird sich durch dieses reaktionäre Treiben nicht irre machen lassen. Sie weiß, daß ihre Hilfsbereitschaft nicht dem Regierungssystem, sondern den hungernden Arbeitern und Bauern, den von

Seuchen bedrohten Frauen und Kindern Rußlands gilt. Je offener die deutsche Reaktion ihre Schande auf dem Markt ausbreitet, um so schneller und um so eifriger wird das deutsche Proletariat dem russischen Proletariat zu Hilfe kommen!

Die Ursachen der Hungersnot

Der Vorsitzende des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees, Kallinin, äußerte sich einem Mitarbeiter der „Koska“ gegenüber folgendermaßen über die Misere in Sowjetrußland:

Die Misere im ganzen ist nicht ärger als im vorigen Jahre, das Unglück liegt nur darin, daß jetzt große zusammenhängende Gebiete davon betroffen sind. Im vorigen Jahre waren die von der Misere betroffenen Gebiete zwischen solchen Gouvernements verstreut, die eine gute Ernte aufzuweisen hatten und konnten sich mit Hilfe der Nachbar-gouvernements über den schweren Winter hinweghelfen und so gar noch das nötige Saatgetreide aufbringen. Ein Beispiel dafür sind die Gouvernements Orel, Kaluga und Tula. In diesem Jahre ist das Wolgagebiet von der Misere betroffen worden. Das Wolgagebiet erstreckt sich vom Norden nach Süden über fast 1500 Werst. Unter solchen Umständen sind die Bauern dieses Gebietes nicht imstande, sich selbst die für die Herbstsaat nötigen Saatgetreide zu beschaffen. Wir müssen alle Kräfte sammeln, um erfolgreich gegen diesen Hunger ankämpfen zu können. Nur die gemeinsame Kräfteanstrengung, die revolutionäre Festigkeit, Ruhe und Kaltblütigkeit werden es ermöglichen, wenn auch den Hunger nicht ganz zu beseitigen, so ihn doch erträglich zu machen. Die ganze Schwierigkeit des Kampfes gegen dieses Unglück liegt bei den staatlichen Organen. Und wenn die gesamte Bevölkerung der russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik nicht zu Hilfe kommt, so werden sie wohl kaum imstande sein, ihre Aufgabe mit dem gewünschten Erfolge zu erzielen. Unsere größte Sorge ist, die Bauern der von der Misere betroffenen Gouvernements mit dem nötigen Saatgetreide zu versorgen und hier müssen uns die Bauern ganz Sowjetrußlands zu Hilfe kommen.

Der Kampf gegen den Hunger

DE. Riga, 28. Juli

Das Rigaer Sowjetblatt „Korny Putj“ bespricht mit Sympathie den Vorschlag Hoovers, der eine Hilfsaktion für die Kinder und Invaliden Sowjetrußlands durch die American Relief Administration anregt; statt einen eigenen amerikanischen Apparat zu bilden, soll die Lebensmittelverteilung dem neugebildeten Moskauer Hilfskomitee übertragen werden. Das Moskauer Hilfskomitee bereitet die Entsendung einer Auslandsdelegation vor. Unabhängig davon erfolgt die Entsendung Maxim Gorkis im Spezialauftrage der Sowjetregierung als Bevollmächtigter des Verpflegungskommissariats.

Eine Zusammenstellung des sowjetischen Wirtschaftsblattes „Ekonomitscheskaja Schila“ gibt die Lebensmittelpreise an, die für eine ganze Reihe von Gebieten der Sowjetrepublik am 15. Juni im Freihandel gültig waren; die Zahlen schwanken außerordentlich je nach dem Gouvernment: so kostete ein Pud (= 16,36 Kilogramm) Roggenmehl 35—280 000 Rubel, ein Pud Weizenmehl 45—440 000 Rubel, ein Pud Roggen 35—200 000 Rubel, Hafer 22—100 000 Rubel, Hirse 35—300 000 Rubel, Kartoffeln 12—88 000 Rubel, ein Pfund (= 400 Gramm) Butter 4700—18 700 Rubel, ein Pfund Fleisch 1500—6000 Rubel, ein Pfund Salz 100—5000 Rubel. Am niedrigsten sind die Preise einerseits in Sibirien, andererseits im Westen des europäischen Rußlands, in Wolhynien, während die höchsten Preise für das Wolgagebiet gelten.

Ungefehlliche Verhaftung

Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ wurde am Donnerstag in Breslau die kommunistische Landtagsabgeordnete, Frau Rosi Wolfstein, verhaftet. Gegen eine solche krasse Gesetzesverletzung, die die Immunität der Abgeordneten als nicht bestehend ansieht, müssen wir entschiedenste Verwahrung einlegen. Es ist ein unerhörtes Verbrechen, daß die preussische Regierung anscheinend solche Verletzungen der Verfassung, die nicht zum erstenmal vorgekommen sind, so milde behandelt, daß ihren Organen die Ungefehllichkeit ihres Handelns gar nicht zum Bewußtsein kommt.

Geistige Revolutionäre in Holland

In Heft 4 der „Tat“ veröffentlicht J. M. Huebner einen Bericht über die geistigen Revolutionäre Hollands, der manches Neue enthält. Soweit der Artikel gegen den Marxismus polemisiert und die geistigen Revolutionäre als Idealisten der sozialistischen Realpolitik gegenüberstellt, wollen wir uns nicht weiter mit ihm befassen. Natürlich sind wir der Ansicht, daß die „Partei“ eine unentscheidliche und unerfüllbare Form zur Führung des Klassenkampfes ist; daß es aber eine Einseitigkeit und Engbergigkeit wäre, intellektuelle Persönlichkeiten, die abseits von der Partei das Bürgertum zunächst in sich selbst und dann in der Umwelt zu überwinden suchen, nicht voll zu nehmen. Gerade an solchen Persönlichkeiten, an solchen wahren Helfern der Idee, ist, wie immer wieder beklagen müssen, Deutschland arm. Und der Bericht von Huebner zeigt, daß auch das kleine Holland uns darin über ist.

„Es bedurfte“, schreibt Huebner, „nicht des Krieges und auch nicht Moskauer Aktionsanweisungen, um den revolutionären Funken in einigen holländischen Denkern, Schriftstellern, Theologen zu wachen. Und gerade diese Unabhängigkeit von äußeren Anstößen beweist viel für die Tiefgründigkeit der Umwälzung, die auch hier nicht mehr aufhalten läßt.“ Den äußeren Zusammenschluß vollzogen diese Köpfe allerdings ziemlich spät; erst im November 1919 kam die Gründung eines Bundes revolutionärer sozialistischer Intellektuellen zustande, dem die Gedankenarbeiter sich einhellig angeschlossen. Unter den Mitgliedern findet man eine Menge Namen reformierter Pfarrer, auch Maler, Kerze, Rechtsanwälte sind zahlreich vertreten. In dem Programm heißt es u. a.: „Im Gefüge der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Konkurrenzkampf aufgebaut ist, ist Gemeinschaftsgeist und äußerste Selbstbestimmungsgerechtigkeit des Einzelmenschen, unüberwindlich. Der Bund beklagt es, daß die gesellschaftliche Umwälzung so gut wie sicher mit Unruhe, Verwirrung und Gewalttätigkeiten gepaart gehen wird, aber der Bund macht hierfür in erster Linie die Leiter und Verteidiger der bestehenden menschenunwürdigen Klassenordnung verantwortlich. Der Bund meint, daß der Übergang zur neuen Gesellschaft desto milder vonstatten gehen kann, je früher die Zahl der Kopfarbeiter ist, die sich beizetten an die Seite der unermittellichen Revolution scharen.“ Das Sekretariat des Bundes ist in Amsterdam, G. Meijnsstraat 6. Der Bund gab schon Werberkräften, Flugblätter, Monats- und Wochenblätter heraus.

Propagandistisch ebenso hochstehend ist die Aufführungsarbeit des religiösen Anarchisten B. de Vigt. Am 2. August 1914 hatte er als Pfarrer eines kleinen brabantischen Dorfes ein Manifest

gegen den Krieg erlassen und darin der Kirche Vorhaltungen wegen ihrer Untätigkeit gemacht; er wurde demzufolge unter Aufsicht gestellt. Da er nicht nachließ, gegen den Krieg und gegen den Militarismus von der Kanzel herab zu predigen, wurde er seines Amtes entsetzt, aus verschiedenen holländischen Provinzen für fünf Jahre verbannt, eine Frist lang eingekerkert. Er hat zahlreiche Flugblätter verfaßt, stellte als Sprecher im Lande umher und bereitet jetzt einen internationalen antimilitaristischen Kongress vor, für den Verlesungsanmeldungen aus ganz Europa eingetroffen sind. Sein Pazifismus hat nichts mit sentimentaler Bürgergenugung zu tun; er will keineswegs die Streikflut, das Vermögen zu Hassen und zu Kämpfen aus dem Menschen herauszuschaffen, diese Art von Wehrbarkeit aber ganz auf das geistige Gebiet überspflanzen. Seine wertvollsten Schriften heißen „Prophet in Volsnot“ — sich gegen die Verbürgerlichung und Materialisierung der amtlichen Landeskirche wendend — und „Zweiter Revolution“, worin dem tschech-parteilichen ein metaphysischer Sozialismus entgegengesetzt wird und die Lösung der geistigen Revolution in dem Satz formuliert wird: „Das Leben der Welt müssen wir von innen heraus umschaffen.“ Auch arbeitet B. de Vigt am Organ der internationalen antimilitaristischen Bewegung „De Wapens neder“ (15. Jahrgang) mit, worin kürzlich mitgeteilt wurde, daß seit 1915 in Holland mehr als 600 Männer gefangen gesetzt worden sind, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerten, Soldat zu werden; der Unterstützungsfonds der Vereinigung zahlte an die Familienmitglieder der Gefangenen annähernd 80 000 Gulden aus.

B. de Vigt ist nicht der einzige, der in Holland zum Sozialismus aus religiösen Bedürfnissen kommt; wie in flämisch Belgien die niedere katholische Geistlichkeit, so sind in Holland die reformierten ländlichen Predikanten vielfach die besten Verstärker und Verkünder des revolutionären Ideals. Einer der hauptsächlichsten Bücher des Sozialisten Domela Nieuwenhuis, dessen Begründung im vorigen Jahre von Abertausenden Leidtragenden mit roten Fahnen begleitet war und der seinerseits aus dem Pfarrerstande herkam (1870) hatte er in seiner Gemeinde Horlingen einen „Friedensbund“ gegründet, trägt den kennzeichnenden Titel: „Vom Christen zum Anarchisten“.

Schon hieraus erhellt, daß der Sozialismus der holländischen Intellektuellen ganz andere Anknüpfung hat als der Sozialismus der aktuellen Parteiführer. Eine Verschönerung vom Christentum und Sozialismus greift Platz, die sich augenblicklich nirgendwo in West-Europa ähnlich innig, ähnlich radikal gefinnt ausgebildet findet.

Podewyl van Microp kommt es in seinem Buche „Geistige Revolution“ (Verlagsgesellschaft „de Walburg“, Blaticum) darum hauptsächlich auf die revolutionäre Schaf-

fung eines geistigen Seinszustandes auf Erden an, ohne dieses Endergebnis verfehlt jede Besserung der realen Lebensbedingungen ihren Sinn und Zweck. Er wendet sich gegen die 2. Internationale und deren naturalistisch materialistische Welt- und Lebensanschauung. Die alte Internationale ist wohl der Form nach revolutionär gewesen, aber im Wesentlichen war sie es noch nicht. Deswegen war ihr die Kraft entnommen, um beim Ausbrechen des Weltkrieges durch die revolutionäre Gemeinschaft an die Offenheit zu treten. Zerrüchlich nahm sie die revolutionäre Idee nur im Sinne des Abrechnens und Vernichtens; sie ist aber vielmehr aufzubauen, nämlich in der reinen Lust und auf dem wahren Untergrunde wahrhaftig menschlicher Grundfähigkeit.“

Soweit der Bericht von Huebner. Wir wissen, was an den einzelnen Gedanken der sozialistischen Intellektuellen Hollands auszusagen ist. Aber nicht darauf kommt es an. Nicht auf marxistische Redigierbarkeit, sondern auf marxistischen, das heißt: sozialistischen und Klassenkämpferischen Geist. Dieses Geistes ist offenbar in Holland eine sehr große Schicht in intellektuellen Kreisen. Gewiß ist der Sozialist, der auch „geistig“ sein will und daher der Partei fremd gegenübersteht, nur ein halber Kampfgenosse. Aber aus dem Kreise dieser geistigen Sozialisten können uns die stärksten Helfer heranwachsen. Und die Zuverlässigkeit derjenigen, die aus geistigen oder religiösen Gründen Sozialisten geworden sind, scheint uns mindestens nicht kleiner zu sein als die der rein parteimäßig herangewachsenen Sozialisten, von denen in der entscheidenden Stunde so viele verjagt haben.

Kinder

Es ist früh schon Uhr. Ein harter Wochentag. Ein Teil der oberen Front einer Berliner Mietshäuserne liegt im Sonnenschein. Unten, parterre, in einem Winkel, Kalkstein vor den Fenstern, wohnt eine Kriegswitwe. Zwei Mädels vor ungefähr zehn und zwölf Jahren sind ihr geblieben. Die Witwe, die Mutter, ist Pflegerin in einer Irrenanstalt. Die Mutter hat Nachbarn. Die beiden Kinder sind noch allein. Sie singen! Kinderlieder, Kinderreigen, die sie vielleicht an einem Sonntag draußen mit anderen gesungen und gespielt.

Kindergefang am frühen Morgen! Leben! — — Blühschiff erhebt eine krächzende, freihängende Stimme. — — „Solch eine Unverschämtheit, am frühen Morgen solchen Spektakel zu wachen! Das ist ja unerhört. Wollt ihr mal ruhig sein!“ — — — Der Hauswaller schimpft. Er ist selbst Vater, hat Kinder. Kinder müssen ruhig und still sein. Unständig, freundlich und nett. So ungehörig lauten die schönen Bezeichnungen, worunter auch oftmals recht nette, frumme Budel, hingebende, jalschälche Wägen verstanden werden.

Wie wirkt die Lohnsteuer?

Vom 1. August an wird der Steuerabzug eine Aenderung erfahren, so daß es angebracht erscheint, noch einmal auf die neuen Bestimmungen hinzuweisen. Nach dem ursprünglichen Gesetz wurden 10 Prozent des Arbeitseinkommens vom Unternehmer zur Begleichung der Einkommensteuer einbehalten. Wer mehr Einkommensteuer zu zahlen hatte, mußte den Differenzbetrag am Jahresschluß nachzahlen, wer mit weniger davonkam, sollte das zuviel Bezahlte zurückerhalten. In Zukunft werden 10 Prozent des Arbeitseinkommens einbehalten. Damit soll dann aber die Einkommensteuer endgültig beglichen sein. Um das zu erreichen, sind die Abzüge etwas verändert worden. Ein Teil des Einkommens ist steuerfrei, das sogenannte Existenzminimum. Hierfür sind angelegt 100 M. pro Monat oder 24 M. pro Woche oder 4 M. pro Tag. Bei Verheirateten gelangt derselbe Betrag auch für die Ehefrau in Abzug. Außerdem sind vom Einkommen abgezogen für jedes Kind 6 M. pro Tag oder 36 M. pro Woche oder 150 M. pro Monat und als Abgeltung für allerhand notwendige Ausgaben, die das Einkommen vermindern, ohne dem Unterhalt direkt zu dienen, den sogenannten Werbungskosten (Versicherungs-, Verbands-, Krankenkassenbeiträge, Fahrge-ber, Verpflegung usw.) pro Tag 60 Pfennig oder pro Woche 2,00 M. oder pro Monat 15 M.

Suchen wir uns nun die Wirkung dieser Abzüge an einem Beispiel klarzumachen: Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern verdient wöchentlich 350 M.; es sind als steuerfrei von diesem Verdienst abzuziehen:

Für den Mann und die Frau je 24 M. = 48 M.
Für die zwei Kinder je 36 M. = 72 M.

120 M.

Der diesen Betrag überschneidende Teil des Wochenlohns — 230 M. — ist steuerpflichtig. Von den einbehaltenen 10 Prozent sind 23 M. für die Ehefrau und noch abziehen 3,80 M. als Abgeltung der weiteren oben näher bezeichneten Abzüge. Die einbehaltene Summe beträgt also: 10 Prozent von 230 M. gleich 23 M., davon ab als Abgeltung 3,80 M., verbleiben 19,40 M.

Denjenigen, denen für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli die Werbungskosten überhaupt nicht oder nicht voll in Rechnung gebracht worden sind, werden für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober täglich 1,40 M. oder wöchentlich 8,40 M. oder monatlich 35 M. vom Steuerbetrag abgezogen. Der im vorstehenden Beispiel anonymer Arbeiter hätte also für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 23 M. weniger 8,40 M. gleich 14,60 M. sich einbehalten zu lassen.

Einkommen aus Nebenstunden sind Steuerpflichtig, wie das übrige Arbeitseinkommen.

Wer höhere Werbungskosten hat und durch Bescheinigung des Finanzamtes nachweist, daß ihm beim Steuerabzug für Krankenkassen, Verbandsbeiträge, Fahrgeber, Berufskleidung usw. ein höherer Betrag als 1800 M. jährlich zu berücksichtigen ist, dem werden diese höheren Abzüge von der Steuer abgezogen.

Arbeitern, die Kundenweise beschäftigt werden, wird ebenfalls ein Zehntel des Lohnes einbehalten, doch wird der täglich einbehaltene Betrag für die zwei angefangenen oder vollen Arbeitsstunden bis zum 31. Oktober um 40 Pfg., von da an um 15 Pfg. ermäßigt. Bei 4 1/2-tägiger Arbeit und 27 M. Lohn werden also bis zum 31. Oktober 2,70 M. weniger 3 mal 40 Pfg. gleich 1,50 M., nach dem 31. Oktober 2,70 M. weniger 3 mal 15 Pfg. gleich 2,25 M. einbehalten.

Fiskalismus der Postbehörde

Bisher war es der deutschen Presse möglich, Pressegespräche, wenn auch mit dreifacher Gebühr, so doch im Vorrang vor den privaten Gesprächen führen zu können. Die Presse hatte also hierbei nur die Vergünstigung einer gewissen Zeiterparnis, sie mußte ihre telephonischen Gespräche genau so teuer bezahlen wie andere Teilnehmer auch. Lediglich für die verkehrsarme Zeit bis 8 Uhr morgens waren ihr Abonnementsgespräche zu einem billigeren Tarif zugestanden worden. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt nun diese wenigen Vergünstigungen für die Presse noch erheblich einzuschränken. Die Abonnementsgespräche sollen nur noch zwischen 10 Uhr abends und 7 Uhr morgens zulässig sein, am Tage werden sieben Stunden lang, und zwar von 9—12 und von 2—6 Uhr, dringende Pressegespräche überhaupt nicht mehr zugelassen. Als einziges Entgegenkommen soll die Presse in den wenigen am Tage übrigen Stunden

Ein Mieter, ein frommer Kirchgänger hat sich beim Wirt be-
schwert.

Kinder, die an einem heißen Sommertag in dumpfer Stube erwachen, durchs Fenster den Sonnenschein oben auf dem Dache sehen, dann aufstehen, lachen und singen, — unerhört fowas!

Die Mädeln müssen zur Schule, ehe noch die Mutter heimkommt, und kommen sie aus der Schule, dann schläft Mutter, da sie am Abend schon wieder Dienst hat. Und trotzdem singen die Kinder.

Da kommen brutale, gefühllose, aber fromme Menschen, Christen, denen die Nächstenliebe schon durch die heilige Taufe in Fleisch und Blut übergegangen ist, und beschweren sich. Den Versuch zu machen, sich die Lage der Kinder vor Augen zu führen, an das Gemüt der Mutter zu denken, der dann alle die „Beschwerden“ unter die Nase gehalten werden, — dessen ist dieser Mensch aus der Gemeinschaft der christlichen Nächstenliebe nicht fähig. Seine Ruhe! Die ist gestört. Das genügt.

Unartige Kinder — die Mutter ist den ganzen Tag nicht zu Hause — die Kinder sind ohne Aufsicht — ist ja kein Wunder, daß sie so ungezogen sind — die müssen in „Fürsorge“ — was soll denn sonst daraus werden —

Das sind die armseligen Mittel, die dazu dienen sollen, um — nicht mehr morgens um sieben Uhr an einem sonnigen Tage in der Ruhe gestört zu werden! Durch wen? Durch zwei singende Kinder, die ihren Vater im Kriege verloren, deren Mutter außer dem Hause schweren Dienst inmitten menschlichen Jammers hat, abgesehen nach Hause kommt und von den „Angeen“ ihrer Kinder, dem einzigen, was ihr noch geliebt, hört. Durch Kinder, in denen der Sonnenschein ein Lied erweckt.

Während des Krieges wurden alle möglichen Holzstücke benagt, Gebetsblätter für die auf dem Felde der Ehre Gefallenen gewidmet, Kriegsgottesdienste abgehalten und wer weiß sonst noch was für die tapferen Krieger getan.

Seute — — —
Es ist Abend. In Zeit zum Aufstehen. Die arme Mutter sitzt auf dem Bett, hält den Kopf in den Händen und schluchzt. Sie muß diese Nacht wieder ihre Kinder verlassen, an die kein Festredner der Kriegsgottesdienste mehr denkt.

Otto Postgänger

Deutsche Bücherproduktion für Ausland. Infolge der grenzen-
erregenden Lage, in die Rußland durch den Bolschewismus ge-
bracht worden ist, ist das Land seit langem nicht mehr in der Lage,
auch nur einen winzigen Bruchteil der wichtigsten Bücher herzu-
stellen. Infolgedessen hat die russische Regierung ihre Zusätze
zum Büchererzeugenden Kapitalismus des Auslandes
nehmen müssen. Die Verlagsabteilung der Samojel-Handels-Ver-
teilung in Berlin hat seit dem Januar d. J. eine ganze Reihe von

Nie wieder Krieg!

Unter diesem Rufe versammelt sich

am kommenden Sonntag

vormittags 11 Uhr, die Berliner Arbeiterschaft zu einer
großen Kundgebung im Lustgarten.

Erhebt eure Stimme gegen Völkermord und Kriegswahnsinn, für Frieden und Völkerveröhnung!

Gegen das kapitalistische Gewaltsystem, für den sozialistischen Aufbau der Welt!

Nie wieder Krieg!

dringende Pressegespräche mit einfacher Gebühr führen können. Die Postverwaltung will an der Siebenstundensperre am Tage unbedingt festhalten, jedoch sollen über die Festsetzung noch Verhandlungen mit den Organisationen der Verleger und Journalisten gepflogen werden.

Man geht in der Annahme wohl nicht fehl, daß es in der Hauptsache die Interessen des Bank- und Handelskapitals sind, die die Reichspostverwaltung den Interessen der Presse voranstellen will. Vor allem sind es die Börsenkreise, die auf eine Bevorzugung drängen. Während man in den anderen Ländern der Presse, soweit es nur irgend geht, entgegenkommt, scheint man bei uns zu glauben, daß die Bedürfnisse der Börsenspekulanten schwerer wiegen als die Notwendigkeiten des journalistischen Berufs und der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Dagegen muß entschieden Einspruch erhoben werden.

Trockenheit und Ernteausfall

Schlechte Aussichten für die Kartoffelernte

Die anhaltende Trockenheit, die sich fast über das ganze Reich erstreckt und insbesondere das Rheinland, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, die östlichen Teile Preußens, sowie Süddeutschland betroffen hat, haben zu einem großen Gefahr der Landwirtschaft Veranlassung gegeben, die sich weigern, ihren Verpflichtungen in bezug auf die Ablieferung von Brotgetreide nachzukommen.

Da ist es denn doch von Bedeutung, daß selbst das Ernährungsministerium, das den Agrariern in allem willig ist, anerkennen muß, daß die Trockenheit keinen Einfluß auf den Ausfall der Brotgetreideernte ausgeübt hat. Nach Mitteilungen, die das „V. L.“ vom Ernährungsministerium erhalten hat, ist trotz der Trockenheit beim Brotgetreide eine gute Mittelernte zu erwarten. Dagegen haben Gerste und Hafer bereits gelitten.

Auch die Berichte der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft stellen fest, daß die Dürre das Brotgetreide bisher nicht wesentlich beeinträchtigt hat. Roggen und Weizen, das sogenannte Wintergetreide, wären, wie die Genossenschaft anführt, sowieso um diese Zeit zur Reife und zum Schnitt gekommen, so daß die heisse Witterung keine bemerkenswert schädigende Wirkung mehr auf die gereiften Pflanzen ausüben kann. Dagegen haben Hafer und Gerste durch die anhaltende Dürre erheblich gelitten.

Die Aussichten für die Kartoffelernte dagegen sind ungünstig. Die Kartoffeln leiden vielfach bereits unter der übergroßen

Büchern, hauptsächlich Lehrbücher und populär-wissenschaftliche Werke drucken lassen. Alles in allem haben die russischen Aufträge bisher einen Umsatz von 9 248 608,45 Mark erreicht. Von deutschen Firmen, die die Aufträge des angeblich kommunistischen russischen Staates erhalten haben, nennt ein uns zugehender Bericht des russischen Verlagsbureaus u. a. folgende Firmen: Oscar Brandtetter, Leipzig (gehört Stinnes), Kasse (Tageblatt-kapitalistisch), Scherl-Berlin (deutsch-national, monarchistisch bis auf die Knochen), und mehrere andere rein privatkapitalistisch betriebene Firmen. Die Sozialisierung des Buchwesens hat also, da sie bolschewistisch gemacht wurde, ein schönes Ende genommen.

Das Rose-Theater gibt sich Mühe, auch in den heißen Sommermonaten ein halbwegs anständiges Niveau anrecht zu halten. Es hat das alte Volkstheater von L'Aronge hervorgeholt: „Mein Leopold“, die rührende Geschichte von der Offenbarung eines reichthaffenen Vaters zu seinem weniger reichthaffenen Sohn. Ich konnte nur zwei Akte mitansehen. Sie wurden ganz nett gespielt. Am besten war Ludwig Berg als Schusterjunge, einfach und ohne falsches Pathos. Auch die anderen, Arthur Binkler und Greil Jorken an der Spitze, taten ihr Bestes. Aber der Zuschauerraum war halbleer. Kein Wunder. Wer wäre bei solch einer Temperatur des Abends nicht lieber im Freien — wenn es auch bloß die Frankfurter Straße ist.

Merzliche Scheidung. Die „Heilkunst“, Monatszeitschrift für Psychotherapie, Medizin und Naturheilkraft, herausgegeben von Dr. med. G. Rabanus, Bonn, erläßt zur Klärung einer alten Streitfrage ein Preisanschreiben. Eingebend der nicht mehr zu leugnenden geistigen und körperlichen Erkrankung, die ein unglückliches Eheleben für die einzelnen Ehegatten zur Folge haben kann, eingebend der vielen Mißhandlungen, Todesfälle und Morde, die ein bedauernswertes Endergebnis eines fälschlich aufrechterhaltenen Ehebandes gewesen sind, wird folgende Preisfrage der Öffentlichkeit unterbreitet:

„Inwieweit kann einem Arzt die Berechtigung zuerkannt werden, eine Ehescheidung durchzuführen, wenn der Gemüths- oder Körperzustand eines Ehegatten eine Trennung notwendig macht?“

Die beste Arbeit wird mit 1000 Mark honoriert. Die Arbeiten bleiben Eigentum der Verleger. Mit dem Uebersenden der Arbeiten überlassen sie aber das Recht der ersten Veröffentlichung in der „Heilkunst“, Redaktion, Bonn, Strohofstr. 20. Das Amt der Preisrichter haben übernommen: Dr. jur. Ester-Somlo, ord. Professor an der Universität Köln, Universitätsprofessor Dr. med. Hans Muth, Hamburg, in seiner Eigenschaft als religions-philosophischer Schriftsteller, Schriftsteller Warrar Joh. Heuer, Wandsbeck, Dr. med. G. Rabanus, Bonn, vom Standpunkt des Arztes.

Tagesnotizen

Sommer-Kulturbücher. Für das 1. August in der Kulturbücher, Theater am Bülowplatz, unter der künstlerischen Leitung von Maximilian Morle stattfindende Operngesellschaft wurde das Bühnen-Direktor verpflichtet, als Kapellmeister Eugen Gottlieb und Paul Selbentzsch. Erste Vorstellung: „Die Fischerwaise“.

Trockenheit, die verhängnisvoll werden kann, wenn sie noch längere Zeit anhält. Unter diesen Umständen sollte die Regierung es für ihre dringende Pflicht halten, die Erfüllung der Umlage für Getreide durch die Großagrare mit allen Mitteln zu erzwingen. Denn darüber muß sie sich im klaren sein, hohe Brotpreise und hohe Preise für Kartoffeln, sind für Millionen von Menschen geradezu unerträglich.

Neue ausländische Getreidekredite

Bereits vor einiger Zeit ist mitgeteilt worden, daß mit einer Gruppe englischer Banken ein Getreidefinanzierungsvertrag über 3 Millionen Pfund Sterling, das sind nach dem gegenwärtigen Stand der Valuta rund 800 Millionen Papiermark, abgeschlossen worden ist. Jetzt ist nun durch die Vermittlung des Bankhauses M. M. Warburg u. Co. in Hamburg auch mit einer Gruppe von amerikanischen Banken ein weiterer Kreditvertrag abgeschlossen worden. An diesem Kreditgeschäft ist besonders bemerkenswert, daß zum erstenmal eine Gruppe der führenden am Akzept-Kreditgeschäft beteiligten, amerikanischen Bankinstitute bei einem internationalen Rembourskreditgeschäft (Geschäfte mit gegenseitiger Rückvergütung) vereinigt ist. Auf Grund dieses Kreditvertrages können, falls weitere Getreidekäufe notwendig würden, monatliche bestimmte Getreidemengen angekauft werden.

Ein weiterer Kreditvertrag ist mit einem holländischen Hause über 20 Millionen Gulden (gleich etwa 450 Millionen Papiermark) und mit einer dänischen Bank über 20 Millionen dänische Kronen (250 Millionen Papiermark) abgeschlossen worden.

Der Rückgang der Mark

Das Steigen der Warenpreise

Das Sinken des Markkurses ist seit der vergangenen Woche noch wesentlich stärker geworden. So stark, daß am Donnerstag z. B. der Dollar in Berlin mit über 80 notiert wurde, so daß er fast den wahren Wert der Vorkriegszeit aufwies. In der tatsächlichen Lage der deutschen Finanzen ist dieser Rückgang der Mark nicht voll begründet. Vielmehr ist kein Zweifel daran, daß die Spekulation, die ihren letzten Reizfall schnell überwunden hat, sich der Hoffnung hingibt, daß nach Ablauf der kurzfristigen Kredite eine neue starke Nachfrage nach Dollars eintreten und der Kurs weiter steigen wird.

Nachteillos stehen die Regierungsgewalten diesen Dingen gegenüber, die für wenige mühevolle Kiefengewinne, für die Masse ungeheure Erschwerungen ihrer Lebenshaltung bedeutet. Sinkt der Wert der Mark, so steigen die Preise der Waren, was gerade in der letzten Zeit in ungeheurem Umfang eingetreten ist. Die kleine Erleichterung in der Lebenshaltung der Massen, die in den ersten Monaten dieses Jahres wegen des Sinkens der Preise der Auslandslebensmittel eingetreten war, hat schnell einer überaus starken Tendenz zur Preissteigerung Platz gemacht. Sind erst die im Inland vorhandenen, noch zu den niedrigeren Preisen gekauften Warenvorräte am Ende, so wird der Rückgang der Mark sich noch viel deutlicher in außerordentlich hohen Warenpreisen äußern.

Junker Graefes Wunschzettel

Der Mecklenburger Junker Graefe tut sich noch immer was zu gute an Erinnerungen an die schöne Kriegszeit, die er als Bataillonführer mitemachen durfte. Besonders hat ihn das treue Blau des deutschen Soldatenauges gerührt. Nun die deutschen Arbeiter nicht mehr Soldaten, sind auch ihre Augen so ganz anders, und sie lösten bei Graefe folgenden Herzenserguß aus:

„Wer so oft in verheerten Versammlungen in die hastierenden Augen unserer unglücklichen, von „Arbeiterführern“ à la Levi, Rosenfeld, Herzfeld usw. genasführten Männen zu bliden Gelegenheiten hat wie ich, und dann auf einmal wieder in das treue Blau des wirklichen deutschen Soldatenauges schauen kann, der hat nur das eine Gebet für sein Volk im Herzen: „Herr, mach' unser Volk frei vom Fluche der jüdischen Arbeiterführung, respektive Verführung, — und dann wird Deutschland wieder genesen können!“

Ja, wenn erst der Bataillonchef wieder das Kommando führt, dann wird Deutschland mecklenburgisch genesen können. Aber Graefes Wünsche sind nicht des Volkes Wünsche. „Das treue Blau des wirklichen Soldatenauges“, das Graefe so begeistert preist, wird er nicht wieder schauen. Dem Vertrauen ist das Nichttrauen gefolgt, und das ist gut so. Denn nun erst hat das Volk begonnen, sein Schicksal selbst zu schmieden.

Ein Spuk

Vor einiger Zeit brachte die reaktionäre braunschweigische „Landeszeitung“ die Nachricht, in den besseren Stadtteilen höre man nachts ein verdächtiges unterirdisches Arbeiten, es sei zu befürchten, daß dort Stößen zu verbrecherischen Zwecken vorgetrieben würden, um ein bolschewistisches Attentat größeren Stils auszuführen. Die Nachricht erregte lebhafteste Beunruhigung unter den Oberen Zehntausend. Nun teilt das staatliche braunschweigische Presseamt mit, es sei gelungen, die Ursache jenes geheimnisvollen Geräusches ausfindig zu machen. Als Urheber des Geräusches von den unterirdischen Bohrarbeiten der Bolschewisten wurde der Führer des reaktionären „Landeswahlverbandes“, Senatspräsident Hampe, ermittelt. An die Grundmauern seines Hauses grenzte ein Viehstall, in dem sich Kaninchen, Schweine und ein Ziegenbock befanden. Diese Tiere haben das nächtliche Geräusch herbeigebredt, aus welchem der ängstliche Senatspräsident auf eine Unterminierung der Stadt Braunschweig durch die Kommunisten geschlossen hatte.

Zulassung der Frauen zur juristischen Prüfung

Gelegentlich der Etatsberatung hatte der Reichstag der Regierung ein Gesuchen unterbreitet, die Frage der Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen durch einen Gesetzentwurf zu regeln. Die Regierung hat daraufhin sich mit den Ländern in Verbindung gesetzt, um über entsprechende landesrechtliche Vorschriften zu beraten. Die meisten Länder haben sich mit der Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen, sowie zum Vorbereitungsdiens einverstanden erklärt. Mit den übrigen Ländern sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen. Nach Auffassung der Regierung wird die Entscheidung über etwaige reichsrechtliche Regelung nur im Zusammenhang mit der Frage der Bereinlichung der gesamten juristischen Vorbildung getroffen werden können. Hierüber würden zur Zeit in einer vom Reichsjustizministerium einberufenen Kommission Erörterungen gepflogen.

Ein Ort in Flammen. Der bei Reusstadt im Schwarzwald gelegene Ort Loeffingen steht seit Donnerstag mittig in Flammen. Ein Drittel des ganzen Städtchens ist den Flammen bereits zum Opfer gefallen.

